

Entscheidungsvorschläge zu abwägungsrelevanten Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren**Bezeichnung der Maßnahme:** 102. Änderung des Flächennutzungsplanes**Verfahrensgang:** Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Auslegung vom 22.06.2016 bis 06.07.2016)

| Behörde und Datum des Schreibens | Entscheidungsvorschlag |
|---|--|
| <p>1. <u>Landkreis Emsland, Hochbau, Postfach 15 62, 49705 Meppen</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 18.07.2016</u></p> <p><u>Seitens des Landkreises Emsland wird wie folgt Stellung genommen:</u></p> <p><u>Naturschutz und Forsten</u></p> <p>Das Plangebiet wird im Westen von der typischen Wohnbebauung entlang des Splittingkanals und im Süden von der Bebauung entlang der Johann-Bunte-Straße begrenzt. Nach Norden öffnet sich die freie und offene Landschaft, die hier durch lange schmale Parzellen geprägt ist. Die Parzellen werden mal mehr, mal weniger durch heckenartige Gehölzstrukturen gekammert und unterliegen zumeist einer landwirtschaftlichen Nutzung. Nach Osten fällt der Baum ebenfalls in die freie und offene Landschaft, wobei hier neben der landwirtschaftlichen Nutzung auch größere Waldflächen zu erkennen sind. Die Landschaft wird durch den Kanalzug „Umländerwiek“ mit seiner parallel verlaufenden Wohnbebauung durchschnitten.</p> <p>Das Plangebiet selbst wird zum größten Teil von einer ehemaligen</p> | <p>Die Kompensation der ehemaligen Torfabbaustätte erfolgt im Zuge</p> |

Torfabbaustätte eingenommen. Die Torfabbaugenehmigung ist bereits abgelaufen. Die Torfabbaustätte wurde entsprechend der in der Abbaugenehmigung festgeschriebenen Folgenutzung hergerichtet. Eine Schlussabnahme hat stattgefunden.

Das Plangebiet entsteht im rückwärtigen Raum der Bebauung an der Johann-Bunte-Straße, d. h. die Aufstellung des Bebauungsplanes lässt ein Bauen in zweiter Reihe zu. Städtebaulich wird damit die typische Siedlungsstruktur entlang der Kanäle verlassen und die charakteristische Struktur der Fehnkolonie aufweicht.

Im Sinne der Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (§ 13 Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend.

Die Bauleitplanung ist daher den örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um schutzwürdige Grünstrukturen im Plangebiet wie Waldflächen, Baumreihen oder -gruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer, aber auch bedeutsame und landschaftsbildprägende Besonderheiten wie Geländerhebungen, Geländekanten, -abbrüche oder -senken. Gleiches gilt für Landschaftselemente oder -bestandteile, die einen kulturhistorischen oder vergleichbaren Hintergrund erkennen lassen., wie Hohlwege, markante Einzelbäume (z. B. Geruchseichen), Alleen, Eschböden, Gesteinsformationen bzw. Findlinge in exponierter Lage.

Durch die Bauleitplanung ist eine Umweltprüfung durchzuführen. Die entsprechenden Erhebungen und Untersuchungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine vollständige Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemein-

der Gesamtkompensation des Plangebietes.

Eine Vermeidung des Eingriffs im Geltungsbereich ist nicht möglich, da in Papenburg noch immer ein Bedarf an Wohnbauland besteht und dieser in direkter Nachbarschaft zu bereits bestehenden Strukturen gedeckt werden soll. Drei Bestandsbäume in der Mitte des Plangebietes werden in den Bebauungsplan aufgenommen, so dass diesbezüglich der Eingriff minimiert werden kann. Ein dauerhafter Erhalt dieser Bäume wird durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes sichergestellt.

Für die Beurteilung der Auswirkungen des Bebauungsplans auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wurde ein Umweltbericht sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durch ein externes Fachbüro erarbeitet. Auch die Eingriffsbilanzierung wurde erstellt.

schaften) zu betrachten.

Aus der zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung sind die Lage, die Art und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen, die spätestens auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung konkret und detailliert in Wort und Bild darzustellen sind, abzuleiten. Die Kompensationsmaßnahmen haben sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen zu orientieren.

Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) wird für erforderlich erachtet. Das Plangebiet grenzt nicht unmittelbar an vorhandene Wohnbebauungen bzw. nicht an vorhandene Bebauungsplangebiete. Die zahlreichen Wechselbeziehungen zu benachbarten Biotoptypen mit ihrem entsprechenden Arteninventar rechtfertigt die Durchführung einer saP. Eine Betroffenheit von Arten und Lebensräumen gem. §§ 19 und 44 BNatSchG kann daher nicht ausgeschlossen werden. Zu untersuchen sind die Tiergruppen der Fledermäuse, Amphibien und der Brutvögel.

Wasser und Bodenschutz, Abfallwirtschaft

Wasserwirtschaft

Die Niederschlagswasserbeseitigung kann auf Grundlage der eingereichten Unterlagen nicht abschließend beurteilt werden. Laut Begründung sollen erforderliche Genehmigungen und/oder Erlaubnisse eingeholt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass Erfordernisse der Wasserwirtschaft Einfluss auf die Gestaltung des Plangebietes und die Flächenverfügbarkeit haben können. Deshalb ist es notwendig, wasserrechtliche Verfahren bis zur Entscheidungsreife voranzubringen, bevor die Bauleitplanung verabschiedet werden kann.

Die externe Kompensation wird aus dem Ökokonto der Stadt Papenburg beglichen. Die Maßnahmen aus dem Ökokonto wurden bereits umgesetzt.

Für die Beurteilung der Auswirkungen des Bebauungsplans auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wurde, neben einem Umweltbericht, auch eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durch ein externes Fachbüro erarbeitet.

Der Hinweis zur Wasserwirtschaft wird bei der weiteren Planung berücksichtigt.

Abfallentsorgung

Die Befahrbarkeit des Plangebietes mit Entsorgungsfahrzeugen ist durch ausreichend bemessene Straßen und Wendeplätze (Minstdurchmesser 18 m) zu gewährleisten. Das Rückwärtsfahren und das Befahren von Stichstraßen ohne Wendemöglichkeit sind für Entsorgungsfahrzeuge bei der Sammelfahrt nicht zulässig.

Sofern im Einzelfall ein ausreichend dimensionierter Wendeplatz nicht angelegt werden kann, müssen die Anlieger der entsprechenden Stichstraße ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Abfuhrfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen. Die Entfernungen zu den jeweils betroffenen Grundstücken und dem Bereitstellungsort der Abfallbehälter an der ordnungsgemäß zu befahrenden Straße dürfen ein vertretbares Maß (i.d.R. ≤ 80 m) nicht überschreiten. Im Bebauungsplan ist die entsprechende Stellfläche für Abfallbehälter festzusetzen.

Die Zufahrt zu Abfallbehälterstellplätzen ist so anzulegen, dass eine Rückwärtsfahrt des Sammelfahrzeuges nicht erforderlich ist.

Straßenbau

Das Plangebiet befindet sich innerhalb der baugesetzlichen sowie verkehrsrechtlichen Ortsdurchfahrt Papenburg nördlich der Kreisstraße 144 von Km 4.9500 bis km 5.430.

Gegen die vorgelegte Bauleitplanung bestehen aus straßenbau- und verkehrlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken. Bei der weiteren Ausarbeitung sind die folgenden Punkte zwingend zu beachten:

1. Für die Anbindung der neuen Erschließungsstraße an die Kreisstraße 144 in km 5,210 ist eine Kreuzungsvereinbarung mit dem Landkreis Emsland – Fachbereich Straßenbau - abzuschließen. Die Planungen hierzu sind frühzeitig abzustimmen.

Der Wendeplatz im Plangebiet erhält einen ausreichenden Durchmesser mit 18 m. Die Stichstraßen ohne Wendehammer sind kürzer als 80 m.

In die Planunterlagen wird der Hinweis aufgenommen, dass die Anlieger von Stichstraßen ohne Wendeplätze ihre Abfallbehälter an der ordnungsgemäß von Abfallsammelfahrzeugen zu befahrenden Straßen zur Abfuhr bereitstellen müssen.

Entsprechende Schwierigkeiten sind in Bezug auf die Stellfläche für Abfallbehälter bislang nicht bekannt und aus diesem Grund wird davon ausgegangen, dass die vorhandene Fläche ausreicht.

Der Hinweis zur Kreuzungsvereinbarung wird bei der weiteren Planung berücksichtigt.

2. An der Einmündung der vorgenannten Erschließungsstraße ist das erforderliche Sichtdreieck mit den Abmessungen von 70 m auf der Kreisstraße 144 und 10 m auf der neuen Erschließungsstraße dauerhaft freizuhalten. Dieses ist textlich sowie auch zeichnerisch darzustellen.
3. Von der Kreisstraße 144 können Emissionen ausgehen. Für die in Kenntnis dieses Sachverhaltes errichteten baulichen Anlagen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich des Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

Brandschutz

Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes sind bei der Ausführung wie folgt zu beachten:

4. Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass eine Löschwassermenge von 48 m³/h (über 2 Stunden) zur Verfügung steht (Durchmesser der Leitung mindestens 100 mm).
5. Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Stadtbrandmeister festzulegen.

Das erforderliche Sichtdreieck an der Einmündung der neuen Erschließungsstraße wurde im Plan festgesetzt.

Der Hinweis zu den Entschädigungsansprüchen hinsichtlich des Immissionsschutzes wird zur Kenntnis genommen.
Zum Bebauungsplan Nr. 255 wurde ein Lärmschutzgutachten von einem Fachbüro erstellt.

Die Planungen werden aus brandschutztechnischer Sicht mit dem Stadtbrandmeister der Stadt Papenburg abgestimmt.

2. EWE NETZ GmbH, Netzregion Cloppenburg/Emsland, Postfach 02 10, 49735 Haselünne

Stellungnahme vom 06.07.2016

Seitens der EWE NETZ GmbH wird wie folgt Stellung genommen:

Im Geltungsbereich der 102. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes „Nördlich Johann-Bunte-Straße“ befinden sich Versorgungsleitungen der EWE NETZ GmbH sowie Straßenbeleuchtungsleitungen der Stadt Papenburg mit den zugehörigen Anlagen.

Diese Leitungen und Anlagen müssen in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) erhalten bleiben und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Es muss sichergestellt werden, dass diese Leitungen und Anlagen durch das Vorhaben der Stadt Papenburg weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Bevor die Grundstücke zur Bebauung freigegeben werden, ist dafür Sorge zu tragen, dass die Versorgungsträger in der von der Stadt Papenburg zur Verfügung zu stellenden Leitungstrasse alle notwendigen Arbeiten ausführen können. Grundlage für die Leitungstrasse sind Bauvorschriften und Sicherheitshinweise der EWE NETZ GmbH sowie u. a. BGV C22, BGR 500, BGI 759. Dabei sind die Leitungstrassen so zu planen, dass die geforderten Mindestabstände gemäß VDE und DVGW Regelwerke eingehalten werden. Im Bebauungsplan ist für die privaten Straßenflächen ein Leitungs- und Wegerecht für die EWE NETZ GmbH festzulegen. Eine Oberflächenbehandlung im Bereich von Versorgungsleitungen sollte so geplant werden, dass die Herstellung von Hausanschlüssen, Störungsbeseitigungen, Rohrnetzkontrollen usw. problemlos durchgeführt werden können.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und bei der Durchführung der Planung berücksichtigt.

Die entsprechenden Vorschriften und Regelwerke werden bei der Durchführung der Planung beachtet.

Da die Leitungen in die öffentlichen Straßenverkehrsflächen verlegt werden und diese Flächen öffentlich gewidmet werden, ist die Eintragung eines Leitungs- und Wegerechts nicht erforderlich.

| | |
|--|--|
| <p>Unter der Voraussetzung, dass die vorhandenen Versorgungsleitungen und Anlagen sowie die Hinweise der EWE NETZ GmbH berücksichtigt werden, bestehen seitens der EWE NETZ GmbH keine Bedenken gegen das geplante Vorhaben.</p> <p>Es wird gebeten, die EWE NETZ GmbH auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und frühzeitig zu beteiligen. Sollten Anpassungen der Anlagen der EWE, wie z. B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder andere notwendige Betriebsarbeiten wegen begründeter Vorgaben und Freigaben erforderlich werden, sollen für die technische Vorgehensweise die geltenden gesetzlichen Regelungen und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind vom Vorhabenträger vollständig zu tragen und dementsprechend der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostenverteilung vertraglich geregelt.</p> | <p>Die EWE NETZ GmbH wird auch am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt.</p> |
| <p>3. <u>Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Emden, Brückstraße 38, 26725 Emden</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 14.07.2016</u></p> <p>Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Emden hat vom Vorentwurf zur 102. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Papenburg (Baugebiet „Nördlich Johann-Bunte-Straße“), der die Darstellung einer Wohnbaufläche nördlich der Johann-Bunte-Straße beinhaltet Kenntnis genommen und nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>In einer Entfernung von ca. 20 m von der geplanten Wohnbaufläche befindet sich die Bäckerei Hermann Schulze an der Johann-Bunte-</p> | <p>Zum Baugebiet „Nördlich Johann – Bunte – Straße“ wurde ein Lärmschutzgutachten von einem Fachbüro erstellt. Das Gutachten umfasst den Straßenverkehrslärm und den Gewerbelärm der Bäckerei Schulze sowie des nah und frisch Marktes Ulrichs. Aus schalltechnischer Sicht lässt sich für diese Betriebe sagen, dass sie das Wohnen nicht wesentlich stören, da es sich nicht um produzierende Gewerbebetriebe handelt oder bei denen im Freien unzumutbarer Produktionslärm verursacht wird.</p> |

| | |
|---|--|
| <p>Straße 7. Es handelt sich um einen Betrieb zur Herstellung von Backwaren (NACE 10.71.0), so ist die Zuständigkeit des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Emden gegeben. Auf diese Firma bzw. auf den Immissionsschutz wird in der Flächennutzungsplan-Begründung nicht eingegangen.</p> <p>Von Bäckereien können insbesondere Lärmemissionen ausgehen, verursacht z.B. durch den Nachtbetrieb, den Kundenverkehr, die Lieferfahrzeuge sowie Be- und Entladevorgänge. Problematisch ist der Lieferverkehr einschließlich der Be- und Entladevorgänge zur Nachtzeit (von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr). Bedenken aus Immissionsschutzgründen gegen die beabsichtigte Planung werden zurückgestellt, sofern der geplante Betrieb das Kriterium „nicht wesentlich störend“ erfüllt. An der nächstgelegenen Wohnbebauung im Plangebiet wären Lärmimmissionsrichtwerte von 55 dB(A) am Tag und 40 dB(A) in der Nachtzeit einzuhalten.</p> <p>Unter Hinweis auf Nr. 38.1.1 VV- BauGB wird um Übersendung einer Nebenausfertigung Ihrer Entscheidung bzw. der rechtswirksamen Planänderungsunterlagen gebeten.</p> | <p>Nach Abschluss der Planung werden das Abwägungsergebnis sowie die Planunterlagen zur Verfügung gestellt.</p> |
| <p>4. <u>Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Marienstraße 34, 30171 Hannover</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 21.06.2016</u></p> <p>Sofern in den anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenforschung empfohlen wird, macht das LGLN darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenforschung kann eine historische Er-</p> | <p>Am 30.06.2016 wurde das LGLN beauftragt, die Auswertung der Luftbilder für den Geltungsbereich des Bauleitplanes vorzunehmen.</p> |

kundung sein, bei der alliierte Kriegsflugbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Flugbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, wird um eine entsprechende schriftliche Auftragserteilung gebeten.

Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbeseitigung im Planbereich vorliegt.

Stellungnahme vom 08.08.2016

Die zurzeit bei der LGLN vorhandenen Flugbilder wurden ausgewertet (siehe Vermerke in beigegefügtter Kartenunterlage).

Ergebnis:

Es sind keine auswertbaren Flugbilder für den beantragten Planungs-, Grundstücks- und Trassenbereich vorhanden.

Hinweis

Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, wird um umgehende Benachrichtigung der zuständigen Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des LGLN – Regionaldirektion Hameln-Hannover

Eine Auswertung der alliierten Flugbilder wurde in Auftrag gegeben mit dem Ergebnis, dass keine auswertbaren Flugbilder für den beantragten Planungs-, Grundstücks- und Trassenbereich vorhanden sind.

Es wurde der Hinweis auf der Planunterlage aufgenommen, dass sofern bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst in Hannover zu benachrichtigen ist.

| | |
|--|---|
| <p>5. <u>Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände Aschendorf-Hümmling, Geschäftsstelle, Emdener Straße 14, 26871 Aschendorf</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 22.06.2016</u></p> <p>Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ unter Berücksichtigung der nachstehenden Gesichtspunkte grundsätzlich keine Bedenken:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Unterhaltungsverband 104 „Ems IV“ ist am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen. 2. Sollten Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Flächennutzungsplanes an Verbandsgewässern II. und III. Ordnung vorgesehen sein, so ist hier ein Abstand von 5 m einzuhalten. <p>Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.</p> | <p>Der Hinweis des Kreisverbandes Aschendorf – Hümmling wird berücksichtigt und der Unterhaltungsverband 104 „Ems IV“ wird am wasserrechtlichen Verfahren beteiligt.</p> <p>Das Kompensationsdefizit wird aus dem Ökokonto der Stadt Papenburg beglichen. Die Maßnahmen sind bereits umgesetzt.</p> |
| <p>6. <u>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Lingen, Postfach 20 80, 49790 Lingen (Ems)</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 28.06.2016</u></p> <p>Seitens der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Lingen, wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung liegt nordwestlich der Kreisstraße 144 (Johann-Bunte-Straße) im östlichen Stadtteil der Stadt Papenburg. Vorgesehen ist die Darstellung einer</p> | <p>Der Hinweis der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird berücksichtigt und die zuständige Straßenbauabteilung des Landkreises Emsland wird am Genehmigungsverfahren beteiligt. Der Landkreis Emsland in Meppen wurde und wird weiterhin am Bauleitplanverfahren beteiligt.</p> |

| | |
|--|---|
| <p>Wohnbaufläche (W). Die verkehrliche Erschließung ist zur Kreisstraße 144 vorgesehen. Die hierfür zuständige Straßenbauabteilung des Landkreises Emsland in Meppen ist am Genehmigungsverfahren zu beteiligen.</p> <p>Gegen die Flächennutzungsplanänderung bestehen keine Bedenken, da die vom Geschäftsbereich Lingen wahrzunehmenden Belange von der Planung nicht berührt werden.</p> | |
| <p>7. <u>Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Heisfelder Straße 2, 26789 Leer</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 28.06.2016</u></p> <p>Seitens der Vodafone Kabel Deutschland GmbH werden gegen die geplante Maßnahme keine Einwände geltend gemacht.</p> <p>In dem Plangebiet befinden sich Telekommunikationsanlagen der Vodafone Kabel Deutschland GmbH. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet wird seitens der Vodafone Kabel Deutschland GmbH eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über den vorhandenen Leitungsbestand abgegeben.</p> | <p>Der Hinweis der Vodafone Kabel Deutschland GmbH wird zur Kenntnis genommen.</p> |
| <p>8. <u>Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 29.06.2016</u></p> <p>Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.</p> | <p>Die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege wurde zur Kenntnis genommen.</p> |

Aus dem Plangebiet sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Archäologischen Denkmalpflege keine archäologischen Fundstellen bekannt. Da die Mehrzahl archäologischer Funde oder Befunde jedoch obertägig nicht sichtbar sind, können sie auch nie ausgeschlossen werden.

Der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden ist bereits in den Antragsunterlagen enthalten.

Verfahrensgang: Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (Auslegung vom 22.06.2016 bis 06.07.2016)

Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen eingereicht.